Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Freitag, 20. Mai 1921

Nummer 230 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 30 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um den Weltfrieden

Reden Harveys und Lloyd Georges in London

EE. London, 20. Mai.

Der amerikanische Botschafter in London, Harvey, hielt gestern im Pigrim-Klub eine Rede, in der er folgendes ausführte: Amerika sei nicht in den Krieg eingetreten, um England, Frankreich und Italien zu retten, sondern habe dieses **nur um seiner selbst willen** getan. Wenn aber die amerikanische Regierung sich neuerdings auf den Konferenzen der Alliierten vertreten ließe, so sei dies nur ein Beweis dafür, daß sie die feierliche Verpflichtung erfüllen wolle, die sie eingegangen sei, nämlich, mit den Alliierten in allen Fragen, die nicht ausschließlich die amerikanische Politik betreffen, in freundschaftlicher Weise zusammenzugehen. **Diese Politik aber gehe auf die Wiederherstellung des Weltfriedens hinaus.**

Der Botschafter betonte dann ausdrücklich, **daß die Vereinigten Staaten nichts mit dem Völkerbund gemein haben wollten.** Unter großem Beifall der Zuhörer erklärte er dann, vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt worden zu sein, **diese bei den bevorstehenden Verhandlungen des Obersten Rates bezüglich Oberschlesiens zu vertreten.**

Lloyd George antwortete dem Botschafter, er schätze sich glücklich, zu erfahren, daß Harvey die Vereinigten Staaten auf der nächsten interalliierten Konferenz vertreten wolle. Er erklärte, daß die englische Diplomatie mit allen Kräften an der Regelung der früheren Konflikte arbeite. Die letzte Friedenskonferenz sei für ihn sehr wichtig gewesen, da er sich über alle ausgebrochenen Konflikte Rechenschaft ablegen konnte. Nun aber müsse er erklären, daß solche neuerdings in großer Zahl aufgetaucht seien. Erschütterungen seien auf Erschütterungen gefolgt und jede einzelne habe einen heftigen Gegenschlag nach sich gezogen. Wenn der nunmehr beendete Krieg nicht der letzte gewesen sein solle, und wenn man den Ausbruch eines neuen befürchten müsse, **so würde Europa verfallen.** England wünsche im allgemeinen Interesse der ganzen Welt, daß Amerika helfe, den Haß zu beseitigen. **Das Zusammenarbeiten zwischen England und Amerika bedeute die einzige Möglichkeit zur Sicherstellung des Weltfriedens.**

Eine kluge Entscheidung

„Times" bezeichnet den Beschluß der Vereinigten Staaten, sich im Obersten Rat bei einer Erörterung der oberschlesischen Frage vertreten zu lassen, als eine kluge Entscheidung, die in England mit tiefer Befriedigung aufgenommen werde. Das Blatt erklärt, **ein Friede, der mit Recht und Gerechtigkeit unvereinbar sei, sei die Hauptnotwendigkeit für die Völker.** Die Erklärung Harveys über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zum Völkerbund werde in manchen Kreisen Frankreichs große Enttäuschung hervorrufen.

Die bevorstehende Alliiertenkonferenz

Paris, 20. Mai.

Wenn auch eine demnächstige Versammlung des Obersten Rates für den Augenblick kaum wahrscheinlich ist, so dürfte es nach dem „Echo de Paris" nicht ausgeschlossen sein, daß ein persönliches Zusammentreffen zwischen Lloyd George und Briand morgen, Samstag, in Boulogne stattfindet.

Wie Reuter meldet, hat die italienische Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Grafen Sforza zur Teilnahme an der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates zu entsenden.

Ermäßigung der Zollabgabe

London, 19. Mai.

Amtlich wird gemeldet, daß vom 13. d. M. ab die Abgabe auf die deutsche Einfuhr von 50 Prozent auf 26 Prozent ermäßigt wird.

Frankreich und Deutschland

Paris, 19. Mai.

„Temps" sagt in einer Besprechung der gestrigen Ausführungen Lloyd Georges, er rede von neuen Freundschaften. Deshalb müsse man sich fragen, was sich ereignet habe. Der französische Soldat, der in Deutschland Wache stehe, sage zu den Deutschen: Bezahle mich! Die Deutschen aber antworteten: Womit? Wir haben nichts mehr auf dem Meer und nichts mehr in Uebersee. Wenn wir ausführen wollen, dann verlangt Lloyd George von unseren Waren eine Steuer von 50 Prozent, abgesehen von den 33 Prozent des Antidumpinggesetzes. Der Franzose wolle ein Pfand, Lloyd George aber interveniere und lasse das nicht zu. **Jetzt, nachdem Deutschland eine reine Kontinentalmacht geworden sei, frage man in England, warum man die deutsche Freundschaft nicht bekommen solle.** Man könne Deutschland in Rußland und gegen Rußland nötig haben.

Zum Schluß sagt der „Temps", **Frankreich sei dazu verurteilt, sich mit Deutschland herumzustreiten, weil es allein damit beauftragt sei, dem Vertrag Respekt zu verschaffen.** Es trage das Gewicht allen ererbten Grolles und aller nationalen Strömungen, die jenseits des Rheins im Wachsen begriffen seien, aber es ernte nichts. Müsse man nun, so fragt der „Temps", **weiter in alle Unendlichkeit die Politik Lloyd Georges ertragen?** Werde man ihr keine französische Politik entgegenstellen können? Lloyd George sei Meister in der Kunst, das eine Volk des Kontinents gegen das andere auszuspielen. Könne Frankreich diese Völker einen?

Die Parteinahme der Franzosen in Oberschlesien

London, 20. Mai.

Der Sonderberichterstatter der „Times" in Kattowitz führt als Beweis für die Parteinahme der Franzosen zugunsten der Polen mehrere Fälle an, bei denen die Untätigkeit und die Unwilligkeit der Franzosen gegen die polnischen Aufständischen vorzugehen, deutlich zum Ausdruck kommen. Der Berichterstatter erklärt, die polnische Grenze stehe immer noch offen. Züge mit Vorräten und Munition für die Aufständischen liefen fast täglich ein. Ein Zeichen der wachsenden englandfeindlichen Stimmung sei, daß britischen Offizieren, die zu der Kommission gehören, von den Aufständischen nicht mehr gestattet werde, sich in dem von den Aufständischen besetzten Gebiete zu bewegen, wenn sie nicht im Besitze von Pässen sind, die das Hauptquartier der Aufständischen ihnen ausgestellt hat. Da die britische Sektion sich unbedingt weigert, die Autorität der Aufständischen in irgend einer Weise anzuerkennen, laufen die britische Beamten an verschiedenen Orten jetzt die größte Gefahr, abgeschnitten zu werden.

Braila — polnischer Hafen

EE. Paris, 20. Mai.

Nach einer Erklärung des rumänischen Außenministers Take Jonescu ist zwischen Polen und Rumänien eine Abmachung getroffen worden, wonach Polen einen Teil des Hafens von Braila als Basis für Kriegs- und Handelsschiffe verwenden kann. Dadurch wird vermieden, daß der gesamte Handel Polens über Danzig geht.

Das italienische Wahlergebnis

Rom, 19. Mai. (Stefani.)

Nach den Berechnungen, die auf Grund der letzten Wahlergebnisse vorgenommen sind, gewinnen die Liberalen neunundzwanzig Sitze und die Populari neun; die Sozialisten verlieren sechzehn Sitze, die Republikaner einen, die Kommunisten drei. Die Kammer dürfte sich also aus 383 Konstitutionellen, 121 Sozialisten, acht Republikanern, vierzehn Kommunisten, sechs Slawen und vier Deutschen zusammensetzen.

Schärferer Ton in Angora

Wir haben schon bei der Nachricht vom Rücktritt des Außenministers der Regierung in Angara, Bekir Sami Bey, darauf hingewiesen, daß die Nationalversammlung von Angora mit den Abmachungen der Londoner Orientkonferenz außerordentlich unzufrieden ist. Dem Rücktritt Bekir Sami Beys folgt jetzt die Kündigung des Waffenstillstandes, der zwischen Franzosen und Türken in Cilicien vereinbart war, und es den Türken bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die Griechen ermöglichte, Truppenmassen von Cilizien an die anatolische Front zu werfen. Die Regierung von Angora weigert sich, das Londoner Abkommen zu ratifizieren. Sie fordert Abänderung in bezug auf die Organisation der Gendarmerie in Cilicien, ferner Unterdrückung der französischen Einflußzone und eine Grenzberichtigung in der Richtung Alexandresses. Die türkischen Truppen haben die Franzosen bereits wieder angegriffen.

Diese Entschlüsse der Regierung in Angora deuten darauf hin, daß die extremen Nationalisten wieder die Oberhand gewonnen haben. Wenn es noch kurz vor und während der Londoner Konferenz schien, als sei eine Annäherung zwischen Konstantinopel und Angora in greifbare Nähe gerückt, so ist diese Möglichkeit momentan wieder erschwert. Das Nichtzustandekommen der französisch-türkischen Verständigung in Cilicien ist ein empfindlicher Schlag für die französische Orientpolitik, die hier gemeinsam mit Italien gegen England operierte. Die Vermutung liegt nahe, daß die englische Diplomatie in Angora ihre Künste spielen ließ, da ihr eine französisch-italienische Verständigung im Orient unbequem ist.

Die Neutralisierung Konstantinopels

Paris, 19. Mai.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel haben die alliierten Oberkommissare gestern der Pforte die Beschlüsse der Alliierten betreffs der Neutralisierung Konstantinopels, der Meerengen und der Gebiete des Schwarzen und des Marmarameeres, die von den Alliierten besetzt sind, zugestellt.

Dementis. Die auch von uns wiedergegebene Meldung des Pariser „Journal", wonach der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon erklärt habe, er könne die von Lloydg George in seiner letzten Rede eingeschlagene Politik nicht mehr mitmachen, wird von Reuter als völlig erfunden bezeichnet. Ebenso wird bestritten, daß Lord d'Abernon General v. Seeckt zu sich gebeten habe.

Das Erwerbslosenelend

Verschlechterung des Beschäftigungsgrades — Wirkungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge

Jede Veröffentlichung über den Stand der Arbeitslosigkeit, die sich auf zuverlässiges Material stützt, zeigt immer wieder ein beständiges weiteres Steigen der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterziffer in allen Industriezweigen. Wer da glaubt, wir seien in dieser Beziehung bei einem Tiefstand der Dinge angelangt, so daß ein weiteres Fallen des Beschäftigungsgrades nicht mehr denkbar sei, wird selbst in der bescheidenen Hoffnung, daß die Abwärtsbewegung zum Stillstand kommen werde, stets von neuem enttäuscht. Der jüngste Bericht des Reichsarbeitsblattes, der sich auf sorgfältige Prüfung aller vorliegenden Statistiken und auf genaue Berichte an das Reichsarbeitsministerium stützt, malt wieder ein Bild grau in grau.

Der Monatsbericht, der den Stand der Dinge am 15. April wiederspiegelt, umfaßt Einzelberichte von 1717 typischen Industriebetrieben mit 1,26 Millionen Arbeitskräften. Daraus ergibt sich, daß im April 42 vom Hundert der Beschäftigten in Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang tätig waren, während die befriedigend und gut beschäftigten Betrieben angehörenden Arbeiter und Angestellten je 28 vom Hundert betrugen. Im Monat März betrugen die gleichen Ziffern 38 bzw. je 30 vom Hundert. Das bedeutet, daß die Zahl der Arbeiter in den Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang um 4 Prozent zugenommen haben, während Arbeiter in den befriedigend und gut beschäftigten Betrieben um je 2 Prozent zurückgegangen sind. Seit dem 15. November 1920 hatten die Betriebe mit schlechtem Geschäftsgang eine ständige Zunahme zu verzeichnen. Wird die Anzahl der am 15. November in schlecht beschäftigten Betrieben tätigen Arbeitern mit 100 angesetzt, so ergibt sich für den 15. Dezember eine Steigerung auf 103, für den 15. Januar auf 114, für den 15. Februar auf 135, für den 15. März auf 149, und für den 15. April auf 168. Gibt die Bewertung des Beschäftigungsgrades nach der Einteilung der Betriebe in solche mit schlechtem, befriedigendem und gutem Geschäftsgang auch kein absolut klares Bild vom Stand der Dinge, so ist sie doch wertvoll genug, besonders wenn man berücksichtigt, daß das Reichsarbeitsblatt bei der Beurteilung der Einzelberichte und bei der Einreihung der einzelnen Betriebe in die drei Stufen äußerst vorsichtig verfahren wird, damit kein übertrieben schwarzes Bild der Zustände entstehen möge. Das vom Reichsarbeitsministerium ausgehängte Barometer zeigt also ganz deutlich, das beständige und anscheinend unaufhaltsame Fallen des Beschäftigungsgrades an.

Aus den einzelnen Produktionszweigen wollen wir nur einige Stichproben nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes wiedergeben. Nach den Feststellungen des Metallarbeiterverbandes, die für nahezu zwei Millionen Metallarbeiter gelten, waren in der Woche vom 17.—24. April 198 315 Arbeiter oder 10,2 vom Hundert mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Da die Arbeitszeit Mitte Januar 6,0, Ende Januar 6,9, Ende Februar 7,1 und Ende März 8,3 vom Hundert betrug, zeigt das ständige Steigen dieser Zahlen deutlich den fortschreitenden Rückgang im Gewerbe an. Direkte Berichte aus der Metallindustrie lagen dem Reichsarbeitsblatt aus Betrieben über 187 000 Arbeitern und Angestellten vor. In diesen Berichten wird für April der Beschäftigungsgrad nur für 2,6 vom Hundert als gut bezeichnet, für 18,1 vom Hundert als befriedigend, und für 79,3 vom Hundert, also für mehr als dreiviertel der beschäftigten Arbeiter als schlecht.

Nicht minder schlimme Zustände herrschen in der Textilindustrie. Die vorliegenden Einzelberichte erstrecken sich auf 217 Betriebe mit rund 120 000 Arbeitern und Angestellten. Die Zahl der gut beschäftigten Unternehmungen ist seit März von 30,3 auf 28,7 vom Hundert gesunken, und die der Betriebe mit befriedigendem Geschäftsgang von 32,2 auf 27,4 vom Hundert. Die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe beträgt 41 vom Hundert. Die Baumwollspinnereien beschäftigten im März 65,3 vom Hundert der vorhandenen betriebsfähigen Spindeln, die Baumwollwebereien 57,2 vom Hundert der vorhandenen Webstühle. Eine Besserung ist bisher nicht eingetreten. Einer der Berichterstatter, dessen Betrieb vor dem Kriege 156 Webstühle in Betrieb hielt, beschäftigt jetzt nur noch 20. In der Leinenindustrie ist Kurzarbeit von 5 Tagen oder 32 Stunden in der Woche fast allgemeiner Brauch. In einzelnen Betriebsabteilungen wird besonders von den Frauen derartig in Wechselschicht gearbeitet, daß die einzelnen Arbeiterinnern innerhalb zweier Wochen nur 45 Stunden tätig sind, so daß also eine Einschränkung der Arbeitsdauer auf die Hälfte stattgefunden hat. In schlesischen Porzellanfabriken wird nur noch 24 Stunden wöchentlich gearbeitet, obwohl in einer Fabrik trotzdem 110 Arbeiter entlassen werden mußten. Auch in Sachsen arbeiten die Porzellanfabriken des Freiberger Bezirks zum Teil gekürzt. So ähnlich sieht das Elend der Kurzarbeiter in vielen anderen Produktionszweigen aus. Diese Zahlen lassen erkennen, wie wenig die Arbeiterschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen in den Genuß der angeblich so hohen Löhne

kommt, wie ungeheuer groß das Opfer ist, daß die Kurzarbeiter der Gesamtheit und den Vollerwerbslosen mit jedem Tage ihres Lebens voller Entbehrungen von neuem bringen.

Völlige Betriebsstillegungen oder starke Betriebseinschränkungen werden vor allem aus der Chemnitzer Bekleidungsindustrie gemeldet. Auch das Bekleidungsamt Hannover begann damit, nach und nach 100 Schneider zu entlassen. Eine badische Manufakturwarenfabrik mußte ihren Betrieb einschränken, wodurch 674 Arbeiter betroffen wurden. Die Schließung eines Nürnberger Konfektionsgeschäftes machte 90 Personen arbeitslos.

Und so geht es weiter. Nicht überall sind die Zahlen und sonstigen Angaben so klar, wie in den von uns angeführten Stichproben. Aber die Darstellungen des Reichsarbeitsblattes lassen erkennen, daß die Abwärtsbewegung des Beschäftigungsgrades einem Steine gleicht, der sich im unaufhaltsamen Rollen befindet.

In Bezug auf die Betriebseinschränkungen und Stillegungen gestatten wir uns die bescheidene Anfrage, wie weit hierbei die Verordnung vom 8. November 1920 in Anwendung gekommen ist, wonach Inhaber oder Leiter von gewerblichen Betrieben verpflichtet sind, der Demobilmachungsbehörde Anzeige zu erstatten, bevor sie Betriebsanlagen ganz oder teilweise abbrechen oder ganz oder teilweise nicht benutzen. Seit dem Inkrafttreten der Verordnung sind zahlreiche Fälle, die unter diese Verordnung fallen müssen, eingetreten. Der Bericht des Reichsarbeitsblattes beweist das von neuem. Diese offizielle Darstellung enthält selbst zahlreiche Angaben über derartige Vorfälle. Darum wäre es Zeit, daß der Oeffentlichkeit zu gleicher Zeit mitgeteilt werden würde, in welcher Weise und mit welchem Erfolg die Verordnung in Anwendung gebracht wurde, ob man mit ihrer Hilfe widerrechtlichen Betriebseinschränkungen auf die Spur gekommen ist und ob man imstande war, sie zu verhindern und die Arbeiter vor der Bedrohung mit Arbeitslosigkeit zu bewahren.

Doch noch andere Fragen tauchen im Zusammenhang mit dem offiziellen Arbeitsmarktbericht auf. Von anderer Seite wird gleichzeitig mitgeteilt, daß die Zahl der aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge unterstützten Unternehmungen zusehends wächst. Es wäre zweckmäßig, wenn auch über diese Mitteilung genauere Angaben gemacht werden würden, und zwar ebenfalls im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarktbericht. Das Bild könnte dadurch nur klarer werden, und es wäre an der Hand einer solchen zusammenfassenden Darstellung leichter möglich, die Wirkung der Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge im einzelnen und insgesamt abzuschätzen. Gegenwärtig besteht der Eindruck, daß die großen Aufwendungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge das Rollen des Steines kaum fühlbar zu hemmen vermögen.

Aber nicht allein, daß die im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit bisher vom Staate in Anwendung gebrachten Mittel dem Sinken des Beschäftigungsgrades keinen Einhalt zu gebieten vermögen, obwohl sie im steigenden Maße in Anspruch genommen werden — auch andere Bedenken werden bei der Beobachtung des Wirkens der produktiven Erwerbslosenfürsorge lebendig. Zunächst werden in zahlreichen Notstandsbetrieben die Arbeiter ebenfalls von vornherein als Kurzarbeiter eingestellt, so daß der wesentliche Vorteil der Zuschüsse dem Unternehmer und nicht den beschäftigten Arbeitern zugute kommt. Sodann aber wird die Entlohnung der Notstandsarbeiter fast überall niedriger bemessen, als der Lohn der anderen Arbeiter. Das bayrische Ministerium, das dem Irrtum verfällt, sich Ministerium für soziale Fürsorge zu nennen, bestimmt z. B. in einem Erlaß, daß der Lohn der Notstandsarbeiter für gelernte und in ihrem Berufe verwendete Arbeiter hinter dem tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsverdienst der Arbeiter ihres Berufes zurückbleiben soll. Dasselbe gilt für ungelernte und außerhalb ihres Berufes verwendete Arbeitskräfte. Wird das allgemeiner Brauch, woran nicht zu zweifeln ist, und nimmt die Inanspruchnahme der produktiven Erwerbslosenfürsorge gleichzeitig zu, wächst das Maß der Beschäftigungen, die als Notstandsarbeiten zu werten sind, so werden mehr und mehr Arbeiter zu außertariflichen Löhnen beschäftigt und damit entsteht von dieser Seite eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der tariflichen Entlohnung der Arbeiterschaft überhaupt. Nicht nur, daß das allgemeine Lebensniveau der Arbeiterklasse auf diese Weise heruntergedrückt wird, auch das schlechte Beispiel der Verwendung von Notstandsarbeitern zu verminderten Löhnen wirkt zweifellos zurück auf die Entlohnung der nicht als Notstandsarbeiter geltenden Arbeitnehmer, die sich ohnehin immer noch unter dem Existenzminimum bewegt.

Die Gewerkschaften, und zuvorderst der A. D. G. B. und der Afabund, werden diese Entwicklung der Dinge nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Es ist notwendig, daß sie von neuem vor den entscheidenden staatlichen Instanzen erscheinen und ihre Forderungen zur Arbeitslosigkeit wiederholt mit ernstem Nachdruck erheben. Dieser fürchterlichen Entwicklung muß ein Damm entgegengesetzt werden, und zwar, da die bisher vom Staate angewandten Mittel offensichtlich unzureichend sind, mit anderen, nämlich mit den von den Gewerkschaften und von unserer Partei gemeinsam mit den Rechtssozialisten vorgeschlagenen Mitteln.

Kapitalflucht und Korruption

Keine sittliche Belastung

Der Kapitalfluchtprozeß gegen den Hohenzollernsprößling Eitel Friedrich, hat die zweierlei Moral der besitzenden Schichten in hellstem Lichte gezeigt. Als die ersten Nachrichten über diese schmutzige Angelegenheit, die zeigte, daß den Hohenzollern Geldinteressen weit höher stehen, als Achtung vor Gesetz und Recht, in die Oeffentlichkeit drangen, erklärte die deutschnationale Presse natürlich alles für Lug und Trug. Hohenzollern könnten niemals Kapitalschieber sein, sie seien rein und unantastbar wie neugeborene Kinder. So schrieb z. B. die „Deutsche Tageszeitung", die Kapitalschieber und Steuerhinterzieher in den eigenen Reihen grundsätzlich in Schutz nimmt, bereits im November vorigen Jahres, bevor der Prozeß stattgefunden hatte:

„In Wahrheit ist bereits festgestellt, daß auch nicht ein Mitglied des früheren preußischen Königshauses irgendwelche Beziehungen zu dieser Firma (Grusser, Philippsohn u. Co.) hatte."

Das Gericht, vor dem Eitel Friedrich sich zu verantworten hatte, ist allerdings anderer Meinung gewesen und hat das unantastbare Mitglied der Hohenzollernfamilie wegen Kapitalverschiebungen verurteilt. Daß nun die Presse der Rechtsparteien das Bestreben hat, den Prinzen als einen Märtyrer hinzustellen, ist bei dem Mangel an Anstand und Moral in diesen Kreisen, wenn es sich um den Geldbeutel der Besitzenden handelt, überaus verständlich. „Tägliche Rundschau", „Deutsche Tageszeitung" und „Kreuzzeitung" wetteifern nun in der Anwendung der Argumentation, die der süddeutsche Professor zur Rettung aller Kapitalschieber als Theorie der Kapitalflucht vor einigen Tagen in dem Stinnesblatt dargelegt hat. Die „Tägliche Rundschau" findet nichts natürlicher,

„als daß er als derzeitiges Oberhaupt der Familie einen Notgroschen in Sicherheit bringen wollte."

Die „Deutsche Tageszeitung" hat gleichfalls herausgefunden,

„daß Prinz Eitel Friedrich mit der Uebergabe eines Teiles seines Vermögens an das Bankhaus Grusser nichts anderes im Auge hatte, als dessen Sicherstellung vor den neugierigen Fingern der Revolutionshelden vom 9. November."

Und die „Kreuzzeitung" schreibt:

„Und was war den die Schuld des Prinzen? Selbst wenn man annehmen wollte, daß der Zweck seiner Maßnahme Kapitalverschiebung in das Ausland gewesen wäre, so läge darin nichts ihn sittlich Belastendes. Denn jede Handlung ist sittlich nach ihren Beweggründen zu bewerten."

Der Ausspruch des deutschnationalen Abgeordneten Graef (Thüringen), den er im Namen der deutschnationalen Fraktion tat und der allerdings nur gemünzt war gegen den grimmig gehaßten früheren Finanzminister Erzberger:

„Das Vergehen der Steuerhinterziehung und der Kapitalflucht ist nach unserer Auffassung niemals ein politisches, sondern stets ein gemeines Delikt, und zwar ein solches, das die Ehre des betreffenden Beschuldigten tangiert."

hat nun mit einem mal keine Geltung mehr. Es handelt sich ja jetzt um einen — Hohenzollernsproß! Es hält schwer, dieses Maß von widerlicher Heuchelei und politischer Unehrlichkeit gebührend zu kennzeichnen.

•

Dasselbe gilt noch in einem anderen Fall von der „Deutschen Tageszeitung". Sie benutzt die Schilderung des „Vorwärts" über Korruption eines x-beliebigen Kommunisten, um wieder einmal die Korruption als die Folge der Revolution hinzustellen. Wir raten dem Blatt, sich bei seinem Parteifreund, dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten van den Kerkhoff, zu erkundigen, der während des Krieges Millionen an Korruptionsgeldern verwendet hat, was ihn allerdings später nicht hinderte, mit echt deutschnationaler Frechheit anderen Korruptionsversuche vorzuwerfen. Und dieser deutschnationale Reichstagsabgeordnete ziert noch immer die Bänke des Parlaments, wahrscheinlich in der Auffassung, daß Korruption, Bestechlichkeit, Steuerhinterziehung, Kapitalflucht, Siegelbruch bei Geldschränken und ähnliche schöne Vergehen in den Augen der besitzenden Kreise Deutschlands durchaus keinen Schatten auf den Charakter werfen. Kann man da nicht auch sagen: wir Wilden sind doch bessere Menschen?

Maßlose Heuchelei

Die Kriegsverbrecher als Märtyrer

Die schwärzeste Reaktion wühlt dauernd an den Fundamenten der politischen Existenz des deutschen Volkes. Gegenwärtig ist ihr Bemühen ausschließlich darauf gerichtet, die Erfüllung des Friedensvertrages zu verhindern. Dazu ist jedes Mittel recht. Auch das Mittel der kniffligsten und haarsträubendsten Rechtsverdrehung, deren sich der Herr Reichsgerichtsrat a. D. Wittmaack in einem Artikel in der „Deutschen Zeitung" schuldig macht. Er schreibt zwei Spalten voll, um die verfolgten — oder vielmehr nicht verfolgten — Kriegsverbrecher als „Märtyrer der politischen Justiz" erscheinen zu lassen. Er setzt auseinander, daß die deutschen Regierungen härter gegenüber den Kriegsverbrechern waren, als selbst die Entente, denn diese habe die Verfolgung durch ein Sondergericht nicht einmal gefordert. Die Verfolgung der Kriegsverbrecher werde von deutscher Seite aus freien Stücken und ohne vertragsmäßige Verpflichtung dazu betrieben. Er schiebt die Schuld daran den Regierungen nach dem November ohne Unterschied zu und appelliert, Krokodilstränen in den Augen, an den Reichstag und an die Stimme des Volkes, damit sie sich zur Teilnahme für die Märtyrer unserer Politik aufschwingen mögen.

Das sagt der Mann, obwohl noch keinem der Angeschuldigten ein Haar gekrümmt worden ist. Eine größere Unverschämtheit ist kaum dagewesen. Wenn die deutsche Justiz, unter Anführung der jeweiligen Regierung, auf diesem Gebiete etwas geleistet hat, so ist es die Verschleppung der Erfüllung des Friedensvertrages in diesem Punkte. Nachsichtiger ist niemals ein Strafverfolgter behandelt worden, als jene Leute, die nicht Krieger, sondern Mordbrenner waren, die sich nicht allein des Frevels an den Lebensinteressen der von ihnen drangsalierten sogenannten feindlichen Völker, sondern zugleich eines Verbrechens am deutschen Volke schuldig gemacht haben. Denn sie sind es, auf deren Schuldkonto der Haß zu schreiben ist, mit dem die Völker des Westens Deutschlands gedenken. Sie sind es, die die Härte verschuldet haben, mit der das deutsche Volk für die Verbrechen der herrschenden Schichten zu büßen hat. Es zeugt von unausstehlicher Feigheit, wenn sich diese Kreise immer noch der Verantwortung für ihre Handlungen zu entziehen trachten. Und wieder auf Kosten des Ansehens und der Existenz des deutschen Volkes.

Karl von Habsburg verläßt die Schweiz. Karl von Habsburg teilte dem Schweizer Bundesrat mit, er beabsichtige, Ende August die Schweiz endgültig zu verlassen. Er erbat die Erlaubnis, bis zu diesem Zeitpunkt in Ruhe in der Schweiz bleiben zu dürfen. Der Bundesrat hat dieser Bitte entsprochen, nachdem der Ex-König in formeller Weise erklärte, daß sowohl er, als auch die bei ihm weilenden Personen sich während des Aufenthaltes in der Schweiz jeglicher politischen Tätigkeit enthalten werden.

Auskehr

Von Alfred Freund-Neukölln

Ich war in Halle zum Parteitag 1920. Und als am Abend des 13. Oktober die Spaltung vollzogen wurde, ging ich, der Letzten einer, schweren Schrittes aus dem Saal, schämte mich nicht der Abschiedstränen! Fuhr zurück mit trüben, bangen Ahnungen, und wieder fuhr ich gen Halle am 1. Mai 1921, und war in Merseburg, in Leuna im Mansfeldischen.

Welch' ein furchtbarer Gegensatz zu dem Stande der Arbeiterbewegung vom Herbst 1920! Tausende fleißiger Hände zu unfreiwilliger Ruhe verurteilt, Frauen und Kinder dem Elend, dem langsamen Verhungern preisgegeben! Und die Arbeiter selbst? Kleinlaut, verschüchtert, kaum hinaus wagen sie sich, geschweige denn in eine Versammlung.

Der weiße Schrecken rast! Täglich finden noch Verhaftungen statt! Das Spitzel- und Denunziantenhandwerk blüht: auch in die Versammlungen schleichen sie sich ein! Die Gefängnisse sind voll, viele liebe Genossen düngen mit ihrem Leib den Erdboden!

Ruhe herrscht in Mitteldeutschland, Grabesstille!

Langsam nur werden die armen Irregeleiteten wieder zu sich kommen, langsam nur sich wieder auf sich selbst besinnen und zurückfinden in die Reihen ihrer klassenbewußten Arbeitsbrüder.

Ich sprach zu ihnen und bat sie, Vertrauen zu haben zu dem Solidaritätsbewußtsein aller Arbeiter der Welt, die heute, an ihrem ersten Mai, das Gelöbnis erneuern: Einzustehen einer für alle und alle für einen! Und bat sie, sich wieder zu stellen in Reih' und Glied mit ihren Klassengenossen!

Einkehr, innere Sammlung, Ueberwindung aller Scham und Scheu vor den eigenen Genossen, Rückkehr zu neuer, klassenbewußter Arbeit! Partei und Gewerkschaft zu stärken in einheitlichem Wollen und zu einheitlichem Handeln! Auf daß wieder neues Leben blüht aus den Ruinen.

Und sie lauschten still und andächtig. Sozialisten und Kommunisten, friedlich nebeneinander! Kein Laut fiel, keine Störung.

Und dann kamen sie und fragten: „Was wird werden? Wann werden wir wieder arbeiten dürfen? Was sollen unsere Frauen und Kinder machen?"

Genossen! Wer hätte da den Mut gehabt, ihnen die ganze, grausame Wahrheit zu sagen?

Im Leuna-Werk arbeiteten bisher 22 bis 24 000 Arbeiter. Und sie waren einigermaßen gegen willkürliche Entlassungen geschützt. Da gingen sie freiwillig! „Besetzten" die Werke! Und blieben noch drin, als längst die „Führer" bei Nacht und Nebel vor der anrückenden Sipo Reißaus genommen! Und erlebten böse Stunden, Tage des Entsetzens!

Jetzt sind 8000 Arbeiter wieder eingestellt, 3 bis 4000 werden noch folgen. Und mit diesen 12 000 will dann das Werk dasselbe produzieren, was vorher 24 000 Arbeiter geleistet haben! Akkordarbeit! Prämiensystem! Und — Lohnabbau!!

Arme Arbeitsbrüder! Ihr werdet arbeiten, schuften im Dienste der Unternehmer, um das nackte Leben zu fristen! Dahin ist Eure Kraft, zerschmettert! Eure Organisationen, verschwunden sind Eure Führer"!

Arme, irregeleitete Genossen! Wendet Euch ab von den Blutbeladenen, die Euch in irrsinnigem Wahn fremdem, eigensüchtigem Zweck opfern, wie einst die Hazardeure des Juli 1914! Suchet Stütze, neuen Mut da, wo Ihr Eure alten treuerprobten Klassen- und Kampfgenossen von ehedem wiederfinden werdet!

Und dann fuhr ich heim, traurig ob des furchtbaren Schicksals so vieler meiner Klassengenossen! Und voll Abscheu gegen diejenigen, die all das verschuldet!

Arbeiter, Genossen! Nehmet die Bestrafung dieser Verderber selbst in die Hand: Schaltet sie aus aus Euren Reihen!

Ueber alle demagogischen Phrasen wird der Gedanke des Sozialismus siegreich die Welt erobern, aber nur wenn Ihr Einkehr haltet bei Euch, und Auskehr mit denen, die Euer Elend grenzenlos, fahrlässig vermehrt haben.

Musik

Bela Bartok trägt in seinen Klavierkompositionen die Züge einer wesentlichen Erscheinung, die durch primitive Gefühlsäußerung und rhythmische Inspiration an der Prägung eines neuen Klavierstils führend beteiligt ist. Seine naive Kraft findet lebendige Beziehungen zu der tiefsten Psyche und erweckt — wie in dem „Ungarischen Bauernlied" und den „4 Kinderstücken" — mit einfachsten Mitteln starke innerliche Regungen. Intensiv zur Unmittelbarkeit des Ausdruckes sich lösend, erwachsen ergreifende Spannungen aus dem monodischen „Klagegesang", wo Fülle akkordlicher Gegebenheiten sich zu Intervall und einziger Linie konzentriert. Wie verbraucht wirkten gegenüber dieser rassigen Instinktivität die aus harmonischen Kenntnissen zusammengetragenen Klavierstücke: Scherzo op. 7 von L. Weiner und Präludium von J. Marx. Auch Z. Kodaly lieferte in seinen beiden Miniaturen „Allegro giocoso" und „Valsette" keine Ergänzung Debussys oder Ravels. Ernö Balogh, der mit Temperament und technischer Sicherheit Liszts „Dante-Fantasie" nachgestaltete, beherrscht einstweilen noch nicht die sensible Art der Tongebung, die der lineare Stil Bela Bartoks bedingt.

An drei inhaltsschweren Werken, Beethovens Eroica-Variationen, Brahms Händel-Variationen und Schumanns Symphonischen Etüden, erprobte Irmgard Hasper-Suter ihre pianistischen Fähigkeiten. Sieht man von erheblichen Ungenauigkeiten ihres Auswendigspielens ab (in der Gis-Moll-Variation der Symphonischen Etüden wurde ein ganzes Stück übersprungen), so bleibt der Eindruck, daß ihr Spiel weit weniger den musikalischen als den technischen Anforderungen gewachsen ist. Ihrem Anschlag fehlt Klang und Fülle, ihrer Auffassung Gegensätzlichkeit und Größe.

Tiefer klafft noch die Zweiheit von Musikalischem und Technischem in der pianistischen Einstellung Rudolf Ehreckes. Er ist Virtuose mit zweifelloser Begabung, er hascht Effekte, wo innere Werte zu gestalten wären. Liszt wirkte brutal veräußerlicht unter seinen Händen, Mozart stillos.

Elisabeth Mattheis Sopran ist ergiebig in der Mittellage und in den tieferen Registern. Wenn sie den Tonansatz mehr in die vorderen Stimmteile verlegen würde, könnte sich ihr Organ, das beschwingt ist von Innerlichkeit des Vortrags, auch in der Höhe noch klären und runden. — Sorgfältiger geschult sind die guten Anlagen der jugendlichen Sopranistin Edith Diosy; aber auch hier würde Kultivierung der Höhenlage, wo die Töne leicht verglast klingen und Intensitätsschwankungen unterworfen sind, die Gesamtleistung künstlerisch vereinheitlichen.

Elli Sendler ließ sich bei der Zusammenstellung ihres Programms „Die Romantiker in der Vertonung verschiedener Zeiten" von literarischen Gesichtspunkten leiten. Dichtungen von Novalis, Eichendorff, Tieck, Arnim, Brentano wurden in der Vertonung von Schumann, Hugo Wolff, Brahms, Strauß, Pfitzner, Schoeck und Rasch mit feiner Ausgleichung der Stimmungen dargeboten. Eine Persönlichkeit von eigensten musikalischen Eingebungen gestaltete hier mit sinniger Einfühlung nach, wurde allen Nuancen des Inhaltes gerecht, ohne die melodische Linie zu zerpflücken, und konzentrierte in den letzten Liedern nach Ueberwindung aller atemtechnischen Befangenheit die stimmlichen Ausdrucksmittel zu einem Strom des Wohlklanges.

Neue Werke aus ihren Heimatländern übermittelten zwei Gastdirigenten: Charles Lautrup und Vladislav V. Sak, die beide in Berlin nicht mehr unbekannt sind. Carl Nielsens II. Symphonie „Die vier Temperamente" vervollkommnete nicht den Eindruck, den sein kürzlich aufgeführtes Streichquartett in Es-Dur ausgelöst hatte. Der erste Satz „Allegro collerico" ist der stärkste, fesselt durch rhythmische Belebung und durch frische thematische Einfälle. Melancholie und Phlegmatik aber sind harmonisch und melodisch sowie instrumental in der musikalischen Charakteristik gänzlich physiognomielos geblieben. Im letzten Satz „Allegro sanguineo" fehlt der Impuls, der sprühende Gedanken durcheinanderrüttelt; er verfällt in den deutschen Lustspieloper-Stil, der in Reinkultur eigentlich noch nie existiert hat und nach seiner letzten typischen Repräsentation, im italienischen Mozart, nur noch als dekadente Aeußerungsform aufzutreten scheint. Charles Lautrup dirigierte routiniert und trocken. Brahms' B-Dur-Klavierkonzert war in der Wiedergabe durch seinen gleichgearteten, ausdrucksrohen Landsmann Rudolph Schmidt ein totes Gebilde.

Dagegen verausgabte Vladislav Sak, der Gast der Prager Philharmonie, zuviel Rasse. Das Orchester hatte ihm bei geringeren Körperverrenkungen ebenso gehorcht, und das

Die Krankenkassen Groß-Berlins

Durch den Krieg und seine Folgen ist vieles vernachlässigt worden, so auch die sozialen Versicherungen. Wenn wir in den letzten Tagen von der Landesversicherungsanstalt Berlin hörten, daß sie die Pforten der Kinder-Tuberkulosen-Heilanstalt, einen Teil der Heilstätte Beelitz schließen und die Zahnpflege wegen Mangel an Geldmitteln aufgeben muß, so werden wir in nicht allzu langer Zeit auch auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens ähnliches erleben, wenn nicht vorbeugende Maßnahmen getroffen werden. **Es macht sich deshalb notwendig, nachdem wir die Einheitsgemeinde Berlin haben, die schon vor dem Kriege in Angriff genommene Zentralisation der Krankenkassen fortzuführen.** Jedoch muß diese Zentralisation so gestaltet werden, daß auch verwaltungstechnisch den Versicherten dabei keine unnützen Beschwerlichkeiten entstehen. Die Arbeiterschaft hat im allgemeinen die positive Arbeit, die hierbei zu leisten ist, leider zu sehr außer acht gelassen, deshalb muß jetzt mit aller Energie an dem Ausbau des Krankenkassenwesens gearbeitet werden. Es würde zu weit führen, wenn wir auf alles das eingehen würden, was hier notwendig zu sagen wäre. Wir erinnern nur daran, daß durch die Geldentwertung gerade die Institute der Arbeiterschaft um ihre Vermögen gebracht worden sind. Wie bei den Gewerkschaften im Verhältnis zum Friedensbeitrage niedrigere Beiträge beibehalten werden mußten, so zum Teil auch bei den Krankenkassen. Die Anforderungen sind aber im Gegenteil viel höhere geworden. Es gibt deshalb nur eine Möglichkeit, aus dem Dilemma herauszukommen: die Zentralisation.

Nur ein paar Zahlen mögen den Versicherten zeigen, wie groß die Zerrissenheit der Krankenkassengebilde in Berlin ist.

In dem jetzigen Berlin haben wir 21 Allgemeine Ortskrankenkassen mit 922 971 Mitgliedern, 10 Berufs-Ortskrankenkassen mit 113 715 Mitgliedern, 37 Innungskrankenkassen mit 62 559 Mitgliedern, 2 Landkrankenkassen mit 14 704 Mitgliedern sowie 70 Betriebskrankenkassen mit 255 394 Mitgliedern. Die hier angeführten Kassen sind im Krankenkassenverband Groß-Berlin freiwillig vereinigt. Nicht diesem Verbande angeschlossen sind noch eine Berufs-Ortskrankenkasse der Wäschefabrikation mit 6 414 Mitgliedern, 16 Innungskrankenkassen mit 4891 Mitgliedern, eine Landkrankenkasse mit 817 Mitgliedern, 65 Betriebskrankenkassen mit 135 502 Mitgliedern. Nach dem Statistischen und Versicherungsamt der Stadt Berlin haben wir es mit 230 Kassen mit insgesamt ca. 1 540 065 Mitgliedern zu tun. Von diesen gehören dem Krankenkassenverbande 147 Kassen mit 1 389 812 Mitgliedern = 63 Prozent der Kassen mit 90 Prozent der Mitgliederzahl an. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen haben Mitglieder von 1 362 (Wannsee) an bis zu 505 997 (Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin). Die Berufsortskrankenkassen von 504 bei der kleinsten bis zu 29 247 Mitgliedern bei der größten Kasse. Die kleinste Innungskrankenkasse, die der Bäcker in Oberschöneweide, hat 66 Mitglieder, die größte, die der Tischler, hat 15 971 Mitglieder. Unter den Innungskrankenkassen sind nicht weniger wie 14 Bäcker- und Konditoren-Krankenkassen mit insgesamt 12 310 Mitgliedern, 8 Kassen der Barbiere und Haarformer mit 4957 Mitgliedern. Unter den vorhandenen 135 Betriebskrankenkassen sind 13, die 28 bis 100 Mitglieder, 67, die 100 bis 500 Mitglieder haben.

Aus dieser kleinen Zusammenstellung geht die Zerrissenheit der Kassen ganz deutlich hervor. Das Kapital konzentriert sich, um leistungsfähiger und stoßkräftiger zu werden, die sozialen Einrichtungen der Arbeiterschaft dagegen zersplittern und werden dadurch immer leistungsunfähiger.

Wenn wir auch aus technischen Gründen nicht der Zentralisation zu einem einheitlichen Kassengebilde über Berlin das Wort reden wollen, so sind unseres Dafürhaltens **Kassengebilde, die unter 40 000 Mitglieder haben, aus den oben angeführten Gründen nicht mehr leistungsfähig.** Wie kann es möglich sein, daß eine Betriebskrankenkasse mit 28 Mitgliedern oder auch eine allgemeine Ortskrankenkasse mit 1362 Mitgliedern die so notwendig werdende und durch das Gesetz gegebene Familienhilfe einführt, ganz abgesehen von der Durchführung des vorbeugenden Heilverfahrens, Heimstättenbehandlung, Landaufenthalt usw. Es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen sich mehr als bisher um ihre Einrichtungen kümmert. **Die Wahlen zu allen diesen Institutionen stehen unmittelbar bevor.** Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission hat sich in wiederholten Sitzungen mit diesen Fragen beschäftigt. Im Zusammenwirken mit dem Krankenkassenverband will man jetzt zunächst folgende Ortskrankenkassen zusammenlegen: die Restkrankenkasse Niederbarnim mit der von Pankow und Weißensee, die Adlershofer mit der Cöpenicker, die Mariendorfer mit der Tempelhofer, die Wilmersdorfer mit der Schmargendorfer und evtl. Zehlendorfer und Wannseer, die Steglitzer mit der Lichterfelder. Bei der Neuköllner und Britzer Krankenkasse ist der Zusammenschluß bereits erfolgt, ebenso bei der Schöneberger und Friedenauer und der Friedenauer Landkrankenkasse, so daß von den 21 nur ca. 7 bestehen bleiben.

Es ist jedoch notwendig, daß hier die Versicherten mit eingreifen, denn die Parole „Los von Berlin" wird hier unter Wahrung partikularistischer Kassenbestrebungen auch befolgt. Die Beseitigung der Betriebskrankenkassen wird selbstverständlich nicht leicht sein; aber auch deren Existenz ist nicht mehr berechtigt. Ebenso müssen die noch vorhandenen Landkrankenkassen beseitigt werden. Aus dem oben angeführten Beispiel der Innungskrankenkassen ist zu ersehen, daß diese wenigstens so zusammengelegt werden müssen, daß für jeden Beruf nur eine einzige bestehen bleibt. Es ist selbstverständlich, daß auf die Gesetzgebung dahingehend eingewirkt werden muß, daß auch diese sich auflösen und den allgemeinen Ortskrankenkassen angegliedert werden müssen. Das Oberversicherungsamt Berlin muß noch mehr wie bisher auf die Zusammenlegung der Krankenkassen sein Augenmerk richten. Der freiwillige Zusammenschluß der Krankenkassen im Krankenkassenverband muß zu einem Zwangskassenverband ausgebaut werden, dem die großen Aufgaben im Heilverfahren zugewiesen werden müssen. **Die Vereinheitlichung der Beiträge und die einheitliche Gestaltung der Leistungen ist notwendig.** Was für die Arbeiterschaft noch mehr ins Gewicht fällt, ist, daß jeder Arbeiter beim Wechsel der Arbeitsstelle sofort Gefahr läuft, in eine andere Krankenkasse zu kommen, wodurch ihm der Genuß der Mehrleistungen verloren geht. Der Berliner Arbeiter- und Angestelltenschaft sind hier Möglichkeiten der praktischen Betätigung in ihrem eigenen Interesse gegeben, die entsprechend ausgenutzt werden müssen!

Die deutschen Lehrer und der Religionsunterricht

Es zeigt sich jetzt, wie berechtigt unsere Zweifel und Bedenken bei der Beurteilung des in Stuttgart eröffneten Kampfes des Deutschen Lehrervereins gegen das Reichsschulgesetz waren. In der dritten Sitzung der Stuttgarter Tagung kam ein Antrag zur Beratung, der den Religionsunterricht betraf. Im Programm des Deutschen Lehrervereins stand auch das Bekenntnis zur weltlichen Schule, das allerdings bisher eine platonische Angelegenheit geblieben war, denn von einem ernsthaften Kampf der im Deutschen Lehrerverein organisierten Schulmeister für diesen Programmpunkt hat man nie etwas vernommen. Auf dem Stuttgarter Verbandstag erfolgte nun ein reaktionärer Vorstoß der pommerschen Provinzialorganisation gegen dieses papierne Bekenntnis. Der Antrag der Pommern forderte, die Stellung des Deutschen Lehrervereins zum Religionsunterricht möge erneut geprüft werden. Die Befürworter des Antrages betonten die „Verwurzelung des Religionsunterrichts in den breitesten Schichten der Bevölkerung" und behaupteten, daß die Forderung des Lehrervereins nach der religionslosen Schule den schulpolitischen Kampf des Lehrervereins erschweren müsse. Der Antrag kennzeichnet sich also als ein Stück jener bekanten reaktionären Demagogie, wonach radikale Forderungen nur den „Fortschritt" behinderten. Auf solche Art hofften die pommerschen Lehrer, dem Vertretertag ein Eintreten für den Religionsunterricht abzulocken. Es gab eine heftige Diskussion, die in der Tat damit endete, daß der pommersche Antrag in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 140 Stimmen angenommen wurde.

Somit wird der Deutsche Lehrerverein seine Stellung zum Unterricht „erneut prüfen", wofür eine 17gliedrige Kommission eingesetzt werden soll. Praktisch bedeutet das, daß das Bekenntnis der deutschen Lehrer zur weltlichen Schule zurzeit außer Geltung gebracht ist. Es hilft nichts, wenn der zweite Vorsitzende Günther erklärte, daß mit dem Beschluß noch keine materielle Entscheidung über die bisherige programmatische Stellung zur weltlichen Schule getroffen worden sei. Er ermahnte zur Einigung im bevorstehenden Schulkampf und fügte zum Ueberfluß hinzu, daß die Frage des Religionsunterrichts nicht notwendigerweise in Verbindung stehe mit dem Reichsschulgesetzentwurf. Das klärt die Situation vollends. Denn nach unsere Meinung steht die Frage des Religionsunterrichts sehr wesentlich in Verbindung mit dem Reichsschulgesetzentwurf. Gerade dieser Gesetzentwurf wird, wenn er zur Annahme gelangt, den Religionsunterricht in der Schule, in der Konfessionsschule wie in der Simultanschule, neu befestigen und dauernd erhalten. Beim Kampfe um das Reichsschulgesetz ist also gerade die Frage: weltliche oder Religionsschule, ganz klar und unausweichlich gestellt. Und wenn die pommerschen Schulreaktionäre nichts anderes in Stuttgart erreicht haben, so doch das eine, daß die 130 000 Mitglieder des Deutschen Lehrervereins in diesem unmittelbar bevorstehenden Kampfe keinen eindeutigen Standpunkt zur Geltung bringen werden.

Es bestätigt sich also, daß wir Recht hatten, als wir Zweifel darüber aussprachen, ob wir in der neuen Gewerkschaft der deutschen Lehrer einen zuverlässigen Verbündeten für unseren Schulkampf würden erblicken können.

Die vorläufige Regelung der neuen Ortsklasseneinteilung

Nachdem das Gesetz betreffend die vorläufige Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses im Reichstag angenommen worden ist, gehen dem preußischen Finanzministerium von Städten, Gemeinden, Orts- und Provinzialkartellen des Deutschen Beamtenbundes und sonstigen Körperschaften Eingaben und Kundgebungen in großer Zahl zu, in denen gegen die Art der Einreihung von Orten in das Ortsklassenverzeichnis Einspruch erhoben und sofortige Abänderung verlangt wird. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß es sich um eine vom Reichstag beschlossene vorläufige Regelung der Ortsklasseneinteilung handelt, die nach vorherigem Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Beamtenschaft getroffen worden ist. Die Hebung mehrerer Tausender von Orten in zahlreichen Fällen und verschiedene Klassen bedeutet für einen großen Teil der Beamtenschaft eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und war lediglich veranlaßt, um die Beamten möglichst bald in den Genuß der erhöhten Bezüge zu bringen.

Die endgültige Regelung soll bis zum 1. Oktober 1921, mit Wirkung vom 1. April 1920 ab erfolgen. Den Beamtenvertretungen wird vor der endgültigen Regelung noch Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche vorzutragen. Eine augenblickliche Abänderung des Ortsklassenverzeichnisses ist nicht möglich. Es ist daher, wie amtlich erklärt wird, völlig zwecklos, daß dahingehende Wünsche in Eingaben und Telegrammen den Zentralinstanzen vorgetragen werden. Von einer Beantwortung dieser Eingabe im einzelnen muß daher abgesehen werden.

Der englische Bergarbeiterstreik

EE. London, 20. Mai.

Die Besprechungen, die durch den englischen Ministerpräsidenten und den Schatzkanzler einerseits und den Vertretern der Bergarbeiter andererseits geführt wurden, dauerten gestern den ganzen Tag über an. Der Schatzkanzler konferierte auch mit den Führern der Arbeiterpartei im Unterhause, **ohne daß es positives Ergebnis erzielt worden wäre.** Lloyd George erklärte, daß er so lange keine gemeinsame Sitzung zwischen den Bergarbeitern und Grubenbesitzern herbeiführen werde, solange nicht die **Möglichkeit einer raschen und vollständigen Verständigung** über eine Beendigung des Streiks gegeben wäre.

Der Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft ist gestern früh nach York abgereist, um dem Präsidenten der Gewerkschaft die neuen Vorschläge der Regierung zu unterbreiten. Er wird am Sonnabend in London eintreffen. Die Grubenbesitzer halten heute in London eine Beratung ab, um zu einer Beschlußfassung zu gelangen.

Solidarität der belgischen Bergarbeiter

Brüssel, 19. Mai.

Der „Soir" meldet, daß die Zentrale der Bergleute des Zentral-Beckens das Prinzip des Streiks aus Solidarität mit den englischen Bergleuten angenommen hat. Es **wird jeden Montag gefeiert.**

Russische Warenbestellungen in Deutschland und England. Krassin erklärte hier, daß Rußland für fünf Millionen Pfund Sterling Waren in England und für 400 Millionen Mark in Deutschland bestellt hat.

Groß-Berlin

Sonderzüge für den Ferienverkehr

Wie uns mitgeteilt wird, steht nunmehr fest, daß die Eisenbahnverwaltung in diesem Jahre in ähnlicher Weise wie vor dem Kriege wieder Feriensonderzüge fahren lassen wird. Die Preise für die mit diesen Sonderzügen zurückgelegten Reisen liegen durch den Tarif fest; es tritt für die Hinfahrt, die stets im Sonderzug zurückgelegt wird, eine Ermäßigung von 50 Prozent ein. Damit würde sich die Gesamtreise (Hin- und Rückfahrt) um 25 Prozent verbilligen. Die Eisenbahnverwaltung prüft zurzeit die Frage, ob auch für die Rückfahrt, die bisher in beliebigem Zuge zurückgelegt werden konnte, derartige Sonderzüge gefahren werden können. Wenn sich dies aus betrieblichen Gründen ermöglichen läßt, wird auch für die Rückfahrt eine Ermäßigung von 50 Prozent eintreten, so daß man dann die Ferienreise für die Hälfte des tarifmäßigen Fahrgeldes zurücklegen könnte.

Sonntagsfahrkarten. Die Eisenbahnverwaltung hat nunmehr die Einführung von Sonntagsfahrkarten angeordnet. Es wird noch einige Zeit vergehen, bis die neuen Tarife bei den einzelnen Direktionen festgesetzt sind.

Eine stürmische Bezirksversammlung

fand am letzten Mittwoch im 12. Verwaltungsbezirk statt. Wie bereits mitgeteilt, treiben dort die reaktionären Parteien eine systematische Hetze gegen den Bezirksverordneten Dr. Ostrowski (S. P. D.), die sich zu einem Antrag verdichtet hat, welcher die Versetzung des O. noch einer anderen Schule fordert. Dieser Antrag wurde am Mittwoch verhandelt und entfesselte ein große Erregung.

Bezirksverordneter Trzeich (D. V.) begründete den Antrag und brachte die unglaublichsten Sachen aus der Tätigkeit des O. als Gemeindevorsteher vor. Die überaus langatmigen und provozierenden Ausführungen lösten bei der Linken heftige Zwischenrufe hervor, die natürlich von der Rechten erwidert wurden. Heimig (S. P. D.) rechnete mit den Antragstellern gründlich ab.

Als Ostrowski das Wort zur persönlichen Bemerkung erhält, entsteht abermals großer Lärm, Beschimpfungen fliegen von Partei zu Partei. — Nach kurzen Ausführungen O's. unterbricht der Vorsitzende Schwarz den Redner mit der Aufforderung, in persönlicher Bemerkung zu reden. Nach nochmaliger Aufforderung entzieht ihm der „unparteiische" Vorsitzende nach Befragen der Versammlung das Wort. Dies schien auch einem Teil der Bürgerlichen zu dumm und so verlangte Cleinow (D. V.), daß die Versammlung die Rechtfertigung des Ostrowski anhören möge. Der Antrag der Bürgerlichen wurde gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen. Genosse Osburg sprach dem Vorsitzenden Schwarz unser Mißtrauen aus, weil sich Ostrowski zum Wort gemeldet hatte, es aber nicht bekam. Der Vorsitzende Schwarz vergewaltigte die Minderheit dauernd.

Vor dieser Debatte wurde ein Ausschuß für die Vorbereitung des Etats eingesetzt. — Eine weitere Aussprache erforderte nochmals die Besetzung der Bezirksdeputationen. Ein Antrag unserer Fraktion, in den Deputationen alle Fraktionen, gemäß ihrer Stärke vertreten zu lassen, wurde von den Bürgerlichen abgelehnt.

Ein Antrag Franz (Dem.), der die private Wohlfahrtspflege gefördert wissen will, wird von den Bürgerlichen angenommen. Wir, als auch die S. P. D., verlangten die öffentliche Wohlfahrtspflege besser ausgebaut.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen fand die stürmische Versammlung ihr Ende.

---

allem war der heiße Aufwand bei der IV. Symphonie von J. B. Foerster, diesem hohlen, archaischen Koloß, gänzlich unbegründet. Auf dem Sockel eines gewaltigen programmatischen Gedankens (Christus) ein gedankenarmseliges, zusammenmoduliertes Machwerk ohne eigenes Gepräge und ohne innere Empfängnis in der Erfindung und Entwicklung der akademisch hölzernen Thematik. Aufrüttelnder wirkte das eulenspieglerische „Scherzo giocoso" von Jaromir Weinberger, das zwar auch keine neue melodische und orchestrale Witzigkeit aufzuweisen hat, aber doch einer recht temperamentvollen Ader entsprungen ist.

Beethovens Neunte Symphonie wurde in der Staatsoper unter Wilhelm Furtwängler und einen Tag darauf durch die Große Volksoper unter Gustav Brecher zur Aufführung gebracht. Beide Interpretationen ergänzten sich. Während Furtwängler aus dem Adagio-Satz einen bezaubernden Gesang löste und überhaupt in allen orchestralen Differenzierungen der weit Ueberlegenere ist, erzwang Brecher, der mit allzu einseitiger Sachlichkeit im allgemeinen zu Werke geht, im chorischen Schlußsatze eine stimmlich sauberere und kompaktere Wirkung. F. F. Windisch

Alfred Frieds Beisetzung in München. Am 5. Mai ist in Wien Dr. Alfred Fried gestorben, einer der Hauptführer der internationalen Friedensbewegung. Fried hat sich Zeit seines Lebens bemüht, in zahlreichen Büchern und unzähligen Zeitschriften- und Zeitungsartikeln zu beweisen, daß die Kulturentwicklung mit Notwendigkeit über den egoistischen Nationalismus hinweg zu übervölkischen, zwischenstaatlichen Organisationen führen müsse, die einen dauernden Rechtszustand zwischen den einzelnen Völkern herstellen und das Mittel der kriegerischen Auseinandersetzung unmöglich machen. Er hat seit Jahrzehnten gegen den Kriegswahnsinn gekämpft und diesen Kampf auch während des Weltkrieges mutig und ohne Rücksicht auf seine Person fortgesetzt. Seine in der Schweiz herausgegebene Zeitschrift „Die Friedenswarte", die unter den verschiedensten Decknamen auch während des Krieges trotz der Zensur in Deutschland verbreitet wurde, führte den erbittertsten Kampf gegen die alldeutschen Kriegshetzer. Nach der Niederlage des deutschen Militarismus wendete er seine Front und kämpfte mit dem gleichen starken Gerechtigkeitssinn gegen den Frieden von Versailles und den Imperialismus der Siegerstaaten. Wenn er auch glaubte, daß die wichtigste Waffe zur Durchsetzung des internationalen Gedankens der Kampf mit rein geistigen Mitteln sei, so stand er doch, vor allem in den letzten Jahren, in einem Verhältnis freundlicher Sympathie zu der internationalen proletarisch-sozialistischen Bewegung. Sein entschiedenes Eintreten für Kurt Eisner und seine scharfen Angriffe gegen Horthy-Ungarn beweisen das.

Fried war jedenfalls ein Mann vor europäischer Bedeutung. Das hinderte nicht, daß ihm Kahr-Bayern die Einreise zu seinen Lebenszeiten verwehrte und daß, als seine Einäscherung am 18. Mai in München stattfand, das gesamte „geistige" München durch Abwesenheit sich hervortat. Ein kleines Häuflein von 20 Mann gab diesem unentwegten Kämpfer für den Menschheitsfrieden das letzte Geleit. Vertreter der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, der Friedensgesellschaft, des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, einer pazifistischen Studentengruppe, der Clartée und der USP. München sprachen Gedenkworte.

Eine Resolution der Theaterbetriebsräte. Die Berliner Theaterbetriebsräte haben in einer Sitzung am 12. Mai folgende Resolution angenommen, der angesichts der reaktionären Treibereien gegen die Genossenschaft, öffentliche Bedeutung zukommt: „Die am 12. Mai im Asahaus versammelten Theaterbetriebsräte Berlins sehen in der organisationszerstörenden Tendenz des „Verbandes der Bühnenkünstler" eine schwere Bedrohung der notwendigen Einheitsfront aller am Theater Schaffenden. Sie sehen in dieser Sonderbündelei keine die Kunst fördernde Bewegung, sind vielmehr überzeugt, daß dadurch einzig und allein die künstlerische und wirtschaftliche Anarchie am Theater erhalten und gestärkt wird. Sie richten daher an die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, als dem Hauptverband aller am Theater Tätigen, den dringlichen Appell, sofort mit aller Energie gegen die Bewegung vorzugehen. Die Theaterbetriebsräte erklären ausdrücklich, daß sie die Genossenschaft bei der Durchführung organisatorischer Maßnahmen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln unterstützen werden."

Luxussteuern und Künstlerschaft. In der viel umstrittenen Luxussteuer-Frage besteht jetzt begründete Aussicht auf Besserung, die den gefährdeten Interessen der Künstlerschaft Rechnung trägt. Die maßgebenden Stellen haben, wie Otto Marcus, der Generalsekretär des neuen Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler, in dessen Organ mitteilt, bei den Besprechungen im Reichsfinanzministerium anerkannt, daß Kunstausstellungen kulturelle Veranstaltungen sind, die keinen Profit bringen, und die deshalb steuerlich nicht so angefaßt werden können, wie Veranstaltungen von Kunsthändlern, bei denen das Geschäft im Vordergrunde steht. Die endgültige Regelung dürfte noch in diesem Monat erfolgen.

Die freien Museumstage. In unserer Notiz haben sich einige Fehler eingenistet. Wir wiederholen daher: unentgeltlich geöffnet sind von jetzt ab:

Altes und Neues Museum: Dienstag und Freitag; Kaiser-Friedrich-Museum: Mittwoch und Freitag; Museum für Völkerkunde, Sammlung für deutsche Volkskunde und Zeughaus: Montag und Donnerstag. Das Schloßmuseum (Kunstgewerbemuseum) ist vorläufig noch nicht geöffnet.

Tages-Notizen

Volksbühne. Zu der Sonntag, 22. Mai, vormittags 11 Uhr in der Volksbühne stattfindenden letzten Aufführung von Kurt Eisners „Götterprüfung" ist für Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle des Vereins, Linienstr. 227, eine beschränkte Anzahl von Karten erhältlich.

Theater. Elena Polawitzkaja spielt Sonntag nachmittag 2½ Uhr im Deutschen Theater Ostrowskis „Das letzte Opfer".

Eigenartige „Körperpflege"

Wegen einer Körperpflege eigener Art wurden der Apotheker Reiser aus der Steglitzer Str. 43, der „Professor" Gottlieb und ein gewisser Boldt aus der Fregestraße zu Friedenau von der Kriminalpolizei festgenommen. Reiser unterhielt in der Steglitzer Str. Nr. 43 im ersten Stock ein Institut, daß schon wiederholt Verdacht erregte, dem man aber nicht beikommen konnte, weil es immer noch an genügenden Beweisen fehlte. Angeblich diente dieses Institut, das Reiser eingerichtet hatte, in dem aber Gottlieb, ein früherer Heilgehilfe, der sich des besseren Klanges wegen Professor nante, besonders tätig war, der Körperpflege. In Wirklichkeit aber war es eine Stelle für Frauen und Mädchen, die unerlaubte Hilfe suchten. Vor einigen Tagen erhielt nun eine Polizeistelle Groß-Berlins wieder eine Anzeige. Jetzt war alles so begründet, daß man endlich durchgreifen konnte. Es handelte sich um ein Mädchen, daß aus der Provinz nach Berlin gekommen war und bei Boldt in der Fregestraße, einem neuen Reichen, Stellung gefunden hatte. Ein sehr tüchtiges Mädchen, das schon seit längerer Zeit seinen Dienst zur vollen Zufriedenheit versehen hatte. Boldt verführte dieses Mädchen und brachte es dann zu Reiser, um die Folgen beseitigen zu lassen. Hier operierte „Professor" Gottlieb im weißen Kittel, wie ein richtiger Mediziner in seiner Klinik. Diese Vorgänge wurden festgestellt und daraufhin nicht bloß die längst verdächtigen Reiser und Gottlieb, sondern auch Boldt verhaftet. Das „Institut für Körperpflege", das in den Anpreisungen Bureau Mutabor hieß, wurde geschlossen.

Bezeichnend für Boldt ist noch sein Verhalten gegenüber dem verführten Mädchen, das bei ihm seine erste Stellung hatte. Nachdem es geheilt war, verfolgte er es mit neuen Anträgen. Die einmal Verführte jedoch wollte nichts mehr von ihm wissen und bemühte sich um eine andere Stelle. Alle ihre Bemühungen aber wußte Boldt zu durchkreuzen. Wenn jemand sich nach dem Mädchen erkundigte, so stellte er diesem wahrheitswidrig ein so schlechtes Zeugnis aus, daß alle Nachfragenden sofort verzichteten. So lag das Mädchen endlich auf der Straße, weil es bei Boldt nicht mehr bleiben wollte. Der verhaftete Apotheker und sein „Professor", die früher immer hartnäckig alles geleugnet hatten, konnten jetzt die Vorkommnisse nicht mehr bestreiten und wurden mit Boldt der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Verwaltungsbezirk 2 (Tiergarten). Die Bezirksverordnetenversammlung vom 18. Mai beschäftigte sich mit den von unserer Fraktion gestellten Antrag, betreffs Freimachung der 82./90. Gemeindeschule, Turmstr. 75, durch die Erwerbslosenfürsorge. Alle Fraktionen mußten die gemachten Ausführungen unterstreichen, selbst der Bürgermeister fand wohlwollende Worte. Stadtbaurat Kolwes wollte glauben machen, daß er sich bemüht hätte, die Erwerbslosenfürsorge irgendwo unterzubringen, bisher ohne Erfolg. Hier fehlt eben den Herrschaften, da es sich um eine Gemeindeschule handelt, die Initiative, die sie sonst ganz gut aufzubringen vermögen. Hoffentlich wird bald Remedur geschaffen, denn seit 6½ Jahren ist die Schule für alle möglichen Zwecke mißbraucht worden. Weiter wurden noch verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Berlin wieder ein Brennpunkt des Ueberseeverkehrs. Gestern wurde die Berliner Geschäftsstelle der Cunard-Linie, Unter den Linden, eröffnet. Berlin wird damit wieder einer der Brennpunkte des Transozeanverkehrs für Mitteleuropa, da die übrigen Dampfschiffahrtsgesellschaften sämtlich bereits ihre Agenturen wieder eröffnet haben. Als Häfen kommen hauptsächlich Hamburg und Bremen in Frage.

Kostenerstattung für Schweizer Kuren von Kriegsbeschädigten. Es häufen sich die Fälle, daß Kriegsbeschädigte beim Reichsarbeitsministerium die Kostenerstattung für Kuren beantragen, die sie selbständig und ohne Vermittlung der zuständigen Behörden im Ausland, namentlich in der Schweiz durchgeführt haben. Bei der ungünstigen Bewertung der Mark handelt es sich dabei um Beträge, die häufig über 100 000 M. hinausgehen. Das Reichsarbeitsministerium ist nicht in der Lage, diese Kosten zu übernehmen. Kriegsbeschädigten, die glauben, eine Kur im Ausland notwendig zu haben, wird deshalb dringend geraten, diese nur durch Vermittlung der zuständigen Behörden zu bewerkstelligen. Hierbei können zurzeit nach Lage der Dinge nur Höhenkuren für Lungenkranke in Davos in Frage kommen.

Lebensmittelzuweisung an die wandernde Jugend. Weiten Kreisen der wandernden Jugend scheint nicht bekannt zu sein, daß der Magistrat für jede Fahrt und jeden Ausflug von 1½ Tagen und darüber Lebensmittelunterstützungen gewährt. Auf Antrag im Zimmer 78, des Jugendpflegeamtes, Berlin, Neue Friedrichstraße 80, 3 Tr., werden für den Tag und Kopf 100 Gr. Reisebrotmarken, Anweisungen über 100 Gr. Nudeln, Haferflocken, Grieß, Mehl, Zucker, Kunsthonig und kondensierte Milch verabreicht. Ebenfalls werden dort die Fahrpreisermäßigungsanträge, für die es Vordrucke an jedem Bahnschalter gibt, gestempelt. Diese Vergünstigungen sollten von der Jugend weit mehr als bisher ausgenutzt werden!

Ein Lehrgang für Obst- und Gemüseverwertung findet vom 13. bis 18. Juni an der Höheren Gärtnerlehranstalt, Berlin-Dahlem, statt. Dabei wird auch das Einmachen ohne Zucker behandelt. Anmeldungen sind an den Direktor der Höheren Gärtnerlehranstalt, Berlin-Dahlem, zu richten.

Bebauung des Luisenstadt-Geländes in Neukölln. Die städtischen Körperschaften Neuköllns haben sich bereits gegen Ende des Vorjahres mit einem großzügigen Wohnungsbauprogramm beschäftigt, das entsprechend den übereinstimmenden Beschlüssen der Wohnungs-, Grundeigentums- und Hochbaudeputation aufgestellt und in welchem die Errichtung einer Reihe neuzeitlicher Hochbauten sowohl im Innern der Stadt, als auch im neuen Wohnviertel Köllnische Heide vorgesehen ist. Die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin hat die praktische Durchführung des neuen Bauprogramms einstweilen hinausgeschoben, jedoch steht zu erwarten, daß die Bewilligung der erforderlichen Mittel seitens der neuen Stadtgemeinde im Interesse schleuniger Bereitstellung weiteren Wohnraumes als durchaus dringlich anerkannt werden wird. Hinsichtlich der Bebauung des sogenannten „Luisenstadt-Geländes" ist eine viergeschossige Randbebauung unter Ausschluß jeglicher Hinterwohnungen vorgesehen. Die weiten, geräumigen, mit Grünflächen auszustattenden Innenhöfe gewährleisten überall reichlichen Zutritt von Luft und Licht, so daß auch in sanitärer Hinsicht eine einwandfreie Wohngelegenheit zur Entstehung kommt. Die vorgesehenen drei Baublöcke, die rund 160 Zweizimmer-, 48 Dreizimmer- und 20 Vierzimmerwohnungen enthalten, sind in der üblichen massiven Bauweise gedacht und sollen möglichst einfach, aber gut und dauerhaft ausgeführt werden.

Auf der Stadtbahn überfahren und getötet wurde gestern, wie wir mitteilten, ein zunächst unbekannter Mann. Er ist jetzt festgestellt als der 25 Jahre alte Arbeiter Karl Wagner aus der Liegnitzer Straße 36. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt ein Unglück vor, weil es für einen Selbstmord auch nach den Bekundungen der Ehefrau des toten Mannes an jede Veranlassung fehlte. Wie sich der Unfall zugetragen hat, ließ sich noch nicht feststellen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Etwas kühler, veränderlich, überwiegend bewölkt mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Arbeitersport

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Sonntag, den 22. Mai: Melchow—Nonnenfließ—Samith-See. Abfahrt 5,49 Uhr Stettiner Hauptbahnhof. — Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr: Vorstands- und Führersitzung bei Ohngemach, Kommandantenstraße.

Gewerkschaftliches

Musiker und Militärkapellen

In der Sektionsversammlung der Gruppe III (Freistehende Musiker) des Deutschen Musiker-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin, wies der Sektionsleiter Kollege Gallas darauf hin, daß die Beamten-, **Militär- und Dilettantenkonkurrenz** derartig überhand nehme, daß deren Bekämpfung nicht mehr von einer Person geleistet werden könne. Es wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die diesem Krebsschaden energisch zu Leibe gehen soll. Es folgte ein Referat des Herrn Kloß über den „neuen Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes". In der sich anschließenden Diskussion wurde von mehreren Rednern darauf hingewiesen, daß die Errichtung von städtischen Arbeitsnachweisen auch für den Musikerberuf gefordert werden müsse. Es gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

„Die wirtschaftliche Lage der freistehenden Musiker ist die denkbar schlechteste. Trotz aller Verbote und Vereinbarungen musizieren die Militär-Beamten und Dilettantenkapellen nach wie vor. In den meisten Gartenlokalen — wie: Zoologischer Garten, Spreegarten, Zenners Paradiesgarten, Treptow, Königstadt, Bötzow-, Böhmisches Brauhaus usw. — werden die Konzerte von Militär-, Beamten- und Dilettantenmusikern ausgeführt. Dieser Zustand muß unbedingt geregelt werden. **Dies kann nur durch die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises mit Melde- und Benutzungszwang geschehen.** Infolgedessen stellt die Gruppe der freistehenden Musiker an den Vorstand der Ortsverwaltung den Antrag, erneut an den Magistrat der Stadt Berlin **zwecks Errichtung eines Arbeitsnachweises für Musiker heranzutreten und alle Mittel und Wege anzuwenden, um den Antrag zu verwirklichen."**

Neutrale Beamtenverbände und Deutscher Verkehrsbund

Von der Abteilung Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonal des Deutschen Verkehrsbundes wird uns geschrieben:

Die Agitation der freien Gewerkschaften (Deutscher Verkehrsbund usw.) unter den Beamten, Beamtinnen und Diätaren der Reichspostverwaltung veranlaßt die neutralen Beamtenverbände zur Abwehr. Wir würden dagegen nichts einzuwenden haben, wenn diese Verteidigung in sachlicher und wahrheitsgemäßer Weise geschieht, denn nur dadurch wird dem Interesse der gesamten Arbeiterschaft (Beamte, Angestellte und Arbeiter) gedient. Der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten und die neugegründete Reichspostgewerkschaft verbreiten durch Rundschreiben und Anschläge auf den Postämtern wissentlich unwahre Behauptungen, die wir hiermit in aller Oeffentlichkeit richtigstellen wollen. Ein Fall unter vielen: Auf dem Telegraphenamt Mainz wurde in einer Bekanntmachung obiger Verbände u. a. folgendes gesagt: „Durch den Kampf, welchen der Verkehrsbund, Abtlg. Post und Telegraphie (früher Deutscher Transportarbeiterverband) gegen das Berufsbeamtentum führt, sind Tausende von Beamtenanwärterstellen durch das Finanzministerium gestrichen worden."

Diese Behauptung erklären wir für eine vollständig willkürlich aufgestellte Verleumdung.

Wir stellen fest, daß niemals Beratungen mit dem Finanz- noch Reichspostministerium stattgefunden haben, in denen der Verkehrsbund Streichungen von Diätarstellen forderte. Weiter erklären wir, daß der Deutsche Verkehrsbund satzungsgemäß für die Rechte des Berufsbeamtentums und für Erweiterung derselben eintritt, also keinen Kampf gegen dieses führt. In der Tagespresse (Bremer usw.) wird durch Beauftragte des Reichsverbandes in Artikeln u. a. behauptet: Der Deutsche Verkehrsbund (und Transportarbeiterverband) habe verlangt, daß die Postboten 20 Prozent niedrigere Löhne erhalten, wie die Posthelfer, und nur die neutralen Verbände hätten es erreicht, daß mehr gegeben wurde.

Wir erklären diese Nachrichten öffentlich als unwahr und sagen ihnen „Das ist der Geist, den Du begreifst, nicht ich!" Wenn wir auch wissen, daß dieser Hinweis keine Aenderung in der Agitationsmethode dieser „neutralen" Verbände bringen wird, so haben wir die Hoffnung, daß dadurch gerade das Gegenteil des Gewünschten erreicht wird. Ein Beweis dafür ist der Zustrom aus den Beamtenorganisationen.

Zum Streik im Tiefbaugewerbe

Die Tiefbauarbeiter Groß-Berlins haben am Mittwoch, den 18. Mai beschlossen, die Arbeit zu den, durch Vermittelung des Oberbürgermeister Boeß vereinbarten Bedingungen aufzunehmen.

Danach erhalten die Handwerker im Tiefbaugewerbe eine Zulage von 25 Pfg. und die Tiefbauarbeiter 40 Pfg. pro Stunde; die Tiefbauarbeiter verpflichten sich, wo es technisch möglich ist, im Prämiensystem unter Garantierung des Stundenlohnes zu arbeiten. Die Arbeit selbst wird in allen Betrieben am Montag, den 23. 5. 21, aufgenommen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Streikenden wieder einzustellen. Wenn auch die Forderungen der Tiefbauarbeiter nicht restlos erfüllt sind, so liegt es zum größten Teil an der **revolutionären Streikbrechergarde**, welche sich bei diesem Streik zum Schaden der kämpfenden Arbeiter bemerkbar gemacht hat. Es wird nun an den Tiefbauarbeitern liegen, daß auch wieder im Tiefbaugewerbe geordnete Verhältnisse Platz greifen.

Gegen den Kostzwang

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt gestern abend im Stadthaus eine öffentliche Versammlung aller in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten Berlins Beschäftigten ab, die sich mit den Reformen der neuen Stadtverwaltung und ihrer Wirkung in den Kranken- und Pflegeanstalten beschäftigte. Koll. Rochowski unterzog gewisse sogenannte „Reformen", wie den bereits seit einem Jahre abgeschafften Kostzwang einer Kritik, und in einer Resolution, der allseitig zugestimmt wurde, wird die Aufhebung des Kostzwanges verlangt.

Versammlung. Am Montag, den 23. Mai 1921, abends 7 Uhr findet in der Schulaula der 5. Gemeindeschule, Pankow, Wollankstraße 31, eine Versammlung der Krankenkassenausschüsse sowie Vorstandsmitglieder der Pankower, Weißenseer und der Restkrankenkasse von Niederbarnim sowie der Unterkommissionen der Gewerkschaftskommission und der Betriebsräte der einzelnen Betriebe statt. Tagesordnung: Die Verschmelzung der Krankenkassen. Wir ersuchen alle Beteiligten, pünktlich hierzu zu erscheinen. Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. J. A.: C. Vollmerhaus.

Funktionäre der Fachgruppe „Metall" des Z. d. A. Wir weisen nochmals auf die Kurse der Räteschule hin und ersuchen um rege Beteiligung. Die Kurse beginnen am 23. Mai 1921. Hörerverzeichnisse sind in unserem Verbandsbureau zu haben.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 20. Mai

6. Distrikt. Abends 7 Uhr im Margaretenlyzeum, Ifflandstraße, Vortrag des Genossen Fr. Cohn.

Sonnabend, 21. Mai

3. Verwaltungsbezirk (Wedding). 6 Uhr Sitzung im Ledigenheim, Brunnenplatz. Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Obleute der kommunalen Kommission, des Fraktionsvorstand 5½ Uhr.

18. Verwaltungsbezirk (Weißensee). 7 Uhr bei Koppe, Lichtenberger Str. 4. Distriktsvorstandssitzung sowie Geschäftsführender Ausschuß Weißensee und Hohenschönhausen.

20. Verwaltungsbezirk. Die für Sonnabend, den 21. Mai angesetzte Funktionärkonferenz findet umständehalber nicht in der Aula der 4. Gemeindeschule, sondern in der Aula der 1. Gemeindeschule, Reinickendorf-Ost, Lindauer Straße, hinter dem Rathause, statt.

U. S. P.-Lehrer. 5 Uhr wichtige Fraktionssitzung, Bibliothek der „Freiheit".

Montag, 23. Mai

5. Distrikt. (Alte Benennung.) Die Abteilungsleiter haben alles noch ausstehende Material bis spätestens Montag beim Genossen Buchée, Maybachufer 2, abzuliefern.

Vereinskalender

Sonntag, 22. Mai

Freireligiöse Gemeinde. Vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn P. Kogal: Entwicklung der Moral in der Menschheit. Harmonium: Lohengrins Ankunft (Wagner). Gäste willkommen.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhart Seger, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamerinke, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Schuh-Etage Alt-Kölln
Köllnischer Fischmarkt 1, I. Etg.
zwischen Sparkasse u. Breite Straße

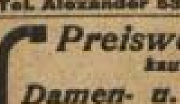
Ein Schlager:
Einige 1000 Paare Damen-
Leder-Straßen-Spangenschuhe 38⁹⁰
Lederfutter, verst. Lederkappe u. Brandsohlen, moderne bequeme Form, hoher Absatz, Kernledersohle.

Ein Posten Turn-Schuhe
anerkannt erstes Fabrikat mit Chrom-Ledersohlen
Größe 27—46
fast ohne Fehler
Ersparnis fast ⅓ des reg. Wertes

Bestes Fabrikat, Kinderstiefel Gr. 25—35 fast zur Hälfte des Wertes, sowie **braune echt Chevreau** und **Boxkalf-Damen-Halbschuhe** zu stark herabgesetzten Preisen.

Die
Kreutzer-Sonate
von Leo Tolstoi
184 Seiten Mk. 1.50
Buchhandlung Freiheit
Breite Straße 8-9

25 Prozent Rabatt auf leicht beschädigte Bücher und Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.


Dampfer-Extrafahrten
Ab **Waisenbrücke** Neu-Kölln a. Wasser
Jeden Mittwoch und Sonntag
nach **Teupitz** (Tornows Idyll) Abfahrt 8 Uhr morgens
An Vereine, Gewerksch. u. Schulen sind Dampfer billig zu vergeb.
Tel. Alexander 5325 Langwaldt & Schmolke

Preiswert und gut kauft man
Damen- u. Herren-Stoffe
im
Tuchhaus M. E. FREITAG
Berlin, Molkenmarkt 14/15
Homespuns und Schlüpfer, die große Mode
Anzug- und Covercoatstoffe von M. 35 bis M. 200.

BOTENFRAUEN
stellt sofort ein
Hauptexp. der „Freiheit"
Breite Straße 8-9

Alexander Stein
Agrarfrage und Sozialismus
Aus dem Inhalt:
Die politische Situation / Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Stadt und Land / Die Klassenscheidung auf dem Lande / Die Agrarfrage und die Parteien / Die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie
Preis 2.50 Mark
Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2,
Breite Straße 8-9

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Kleine Anzeigen
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Räderweidlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 874).

Bettwäsche billig! Verkauf von Restbeständen, etwas angestaubt, Deckbett 42.—, Kissen 12.50, Laken 22.—, Inletts 18.—, Wäschestoffe, Handtücher, Engrospreise. Konkurrenzlose Preise unserer Qualitätsware. Wäschefabrik Gräfestraße 39 (Hasenheide). Fahrvergütung.

Günstige Kaufgelegenheit. Selbstgefertigte elegante Herrenanzüge 260.—, Jünglingsanzüge 195.—. Ruß, Wilhelmstraße 40a, Kochstraßenecke.

Abessinier, Röhre, Filter, Ersatzteile. Köchlin & Co. Berlin, Alte Jakobstraße 20/22.

Kleide dich billig, elegant! Jackettanzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200.—, jetzt 400.— bis 600.—, Covercoat-Paletots, blauer Kammgarnanzüge; ferner Damenkostüme, Damenmäntel enorm billig, wegen Saisonende 50 Prozent herabgesetzt. Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Blaufüchse, Weißfüchse, Silberfüchse. Keine Lombardwaren. Leihhaus Moritzplatz 58a.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 3.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Möbel

Chaiselongues 200.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Möbel, gebraucht und neu Stube und Küche, gut erhalten, 1600.—. Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten.

Chaiselongues 100,— Chaiselonguedecke 35,—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Meicke, Auguststr. 32a, Laden.

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Hartmann, Fahrzeugfabrik, Schwedter Str. 208.

Kaufgesuche

Fahrradankauf Linienstraße 19.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Linienstraße 199a (Rosenthaler Platz). Norden 5053.

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Str. 20a (gegenüber Manteuffelstr.) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer kauft, erhöhte Preise, Pasche, Neukölln, Kaiser Straße 74, vorn.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Nägel, Schrauben Straußbergerstraße 44.

Boschfabrikate, Pallasgenithvergaser, Kugellager, Werkzeuge kauft Rieke, Schiffbauerdamm 37.

Kugellager, Kugeln kauft dringend Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163. (Humboldt 461).

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Masch.- u. Holzschrauben Waßmannstraße 22.

Glühlampen, Spulendrähte kauft Installations-Geschäft Elsasser Str. 32. Tel. Norden 8243.

Verschiedenes

Born, Reichenberger Str. [illegible] verkleinert Leinenkragen.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebunden 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Ansiedelungen

Basdorf-Wandlitz, Acker u. Wald, Quadratrute 15 und 20, Anzahlung 100 Mark. Hülsen, Steglitz, Bionvillestr. 11, Fernsprecher 2894.

Selbstbau
Bauzuschuß-Parzellen, teils eingezäunt. Fredersdorf, Hohenneuendorf. Kleine Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Treitschkestr.

Geld-Verkehr

Abzahldarlehen, Betriebskapital, Hypotheken schnellstens. Lochowicz, Weidenweg 18, L. Ecke Frankfurter Allee.

Betriebskapital, Geldbarleihen, Ratenrückzahlung. Richter, Ritterstraße 104.